

Stettiner Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 28. April. Die Wiener „Debatte“ giebt einen Artikel des „Journal de Paris“ wieder, nach welchem zwischen Bayern, Württemberg und Frankreich Unterhandlungen stattgefunden haben sollen, um die Integrität des Gebiets der erwähnten beiden deutschen Staaten im Fall eines europäischen Konflikts sicher zu stellen. Obgleich diese Unterhandlungen nach dem „Journal de Paris“ ein befriedigendes Ergebnis gehabt haben sollen, wollen wir dennoch nicht annehmen, daß dergleichen Versuche zur Erneuerung des Rheinbundes wirklich stattgefunden haben. Wir glauben vielmehr die süddeutschen Regierungen dagegen in Schutz nehmen zu müssen, daß sie ihre nationale Würde mit Füßen treten und die traurigen Zeiten vergessen haben sollten, wo sie durch Verträge an den Triumphwagen Napoleons I. geknüpft worden waren. — Die Pariser „Presse“ erschauert sich über das rheinische Festungs-Viereck, das Koblenz, die erwarteten Befestigungen von Trier, Mainz und Landau bilden sollen. Frankreich habe kein genügendes Gegengewicht dagegen und müsse wenigstens die Schleifung von Mainz und Landau fördern. Wir unsererseits werden jedenfalls abwarten, bis Frankreich die Festungen Straßburg und Metz geschleift hat und uns dann die Sache weiter überlegen. Preußen hat übrigens durch seine jüngsten militärischen Anordnungen gezeigt, daß es seinerseits die friedlichsten Gesinnungen und Erwartungen hegt. Wenn auch die Reduktionen in der Armee vor allem aus finanziellen Gründen beschloffen sind und sich vor der Hand nur auf 12–15,000 Thlr. beschränken, so sind doch, wie wir schon früher erwähnt haben, noch weitere Entlassungen in Aussicht gestellt. Für die fortwährend friedlichen Versicherungen Frankreichs fehlen andererseits aber noch immer die Beweise. — Die Darstellungen der italienischen Blätter stimmen mit den anderweitigen Nachrichten überein, daß die Aufnahme unseres Kronprinzen von Seiten der italienischen Bevölkerung eine wahrhaft begeisterte gewesen ist. Seine Reise durch Italien, sein Einzug in die großen Städte ist einem Triumphzug ähnlich gewesen. Aus diesen Kundgebungen geht hervor, daß sich die italienische Bevölkerung weder durch die Presse, noch durch die maßgebenden Kreise in ihren Empfindungen hat irre leiten lassen. Die italienische Nation erkennt an, daß sie dem norddeutschen Bundesgenossen zu Dank verpflichtet ist und daß es im Interesse Italiens ist, diese Bundesgenossenschaft auch in Zukunft zu pflegen und sich zu erhalten. — Der Eindruck, den die Eröffnung des Zollparlamentes und die Thronrede gemacht haben, ist, soweit Kundgebungen darüber vorliegen, nach allen Richtungen hin günstig gewesen. Man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Preußen sich auf den positiven Boden der Verträge stellt, andererseits aber auch den nationalen Geist nicht verleugnet, der die Verträge geschaffen hat und den sie nutzbringend für das gemeinsame große Vaterland gestalten muß. Die Befriedigung der süddeutschen Abgeordneten über ihre diesige Aufnahme, die von allen Seiten freundlich und entgegenkommen ist, läßt sich nicht verkennen. Positiv sind die Manöver, welche die national-liberalen Organe machen, um die Bedeutung der die Interessen des Landes schädigenden Abstimmung über das Bundesschuldenwesen zu verdecken. Wie gewöhnlich zeichnet sich durch ihre Ungeschicklichkeit die „Mgd. Ztg.“ dabei wieder aus, indem sie ihr Publikum mit der Phrase zu beruhigen sucht, es sei kein Unglück, daß der norddeutsche Bund eine Weile noch ohne Schulden sei. Abgesehen davon, daß Schulden, wie heute auch die „Kreuz-Ztg.“ anführt, ein Fundament der Stabilität, der Befestigung und der Dauer der Staaten sein können, so ist das Ergebnis der Abstimmung vom 22. für jeden Einseitigen nicht das, daß der norddeutsche Bund keine Schulden hat, sondern daß die Entwicklung der Marine, die allgemein für ein dringendes Bedürfnis anerkannt wird, unmöglich gemacht ist. Bekanntlich ist in Folge der Abstimmung in maßgebenden Kreisen bereits der Beschluß gefaßt und auch schon in der Ausführung begriffen, alle Ausgaben für die Erweiterung der Bundesmarine und für die Küstenbefestigung, soweit dieselbe auf Grund der Marine-Anteile erfolgen, zu unterlassen. Das ist der eigentliche Sinn der Abstimmung vom 22. April. Einigermassen hängt hiermit wohl auch die Nachricht zusammen, daß die Anfangs beabsichtigten Flottenmanöver in diesem Sommer nicht stattfinden werden; es wird nicht einmal das Zusammenziehen mehrerer Schiffe zu einem Geschwader beabsichtigt. — Die hiesige Regierung hat die englische Expedition wegen des glücklichen Ausgangs der abyssinischen Expedition beglückwünscht. — Heute hat in der Wohnung des Ministers Grafen Eulenburg im Ministerium des Inneren die Eröffnung des Bazars zum Besten des evangelischen Johannesstifts stattgefunden. Zur Eröffnung waren Ihre Maj. die Königin und mehrere Mitglieder der königl. Familie erschienen. — Für die landwirtschaftlichen Ausstellungen oder Konkurrenzen zu Frankfurt a. M., Bromberg, Breslau, Berlin, Brüssel u. s. w. sind vom Handelsministerium auf den Staats-Eisenbahnen Frachtermäßigungen von 50 pCt. in der Weise bewilligt worden, daß die unverkauften Gegenstände bei ihrer Rückführung ohne Entschädigung befördert werden. Diese Vergünstigung hört 3 Wochen nach geschlossener Ausstellung auf. Von dem Handelsminister sind die Eisenbahn-Kommissariate angewiesen worden, auf die Privat-Eisenbahn-Berwaltungen einzuwirken, daß sie eine gleiche Frachtermäßigung eintreten lassen.

Berlin, 29. April. Sr. Majestät der König empfing gestern Morgen den General a. D. v. Treedow, bisher Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade, welcher jetzt seinen Wohnsitz in Berlin nimmt, den Adjutanten des Fürsten von Waldeck und Pyrmont, Oberst v. Uechtritz, den Oberstleutnant à la suite des Seebataillons, Kommandirt zur Dienstleistung ins Marine-Ministerium Galtzer u., und nahm hierauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Verponcher, des Geheimrathes Lüdemann, des

Chefs des Militär-Kabinetts v. Treedow und des Vice-Admirals Jachmann entgegen. Nachmittags 4 Uhr begab sich der König ins Schloß; hier fand zunächst die Vorstellung der Abgeordneten für das Zollparlament statt. Darauf nahm das Galadiner im Weißen Saale und in der Bildergalerie von etwa 500 Gedecken seinen Anfang. An demselben nahm der ganze Hof Theil und außerdem waren geladen der General-Feldmarschall, die Generale der Kavallerie und Infanterie, die General-Lieutenants, die Minister, die Träger des Titels Excellenz, die Mitglieder des Zoll-Bundesrathes und des Zoll-Parlamentes u. Abends erschien der Hof in der Oper.

— J. R. H. die Kronprinzessin ist heute Mittag mit Höchstseiner Kindern von Gotha über Magdeburg in Potsdam eingetroffen und hat im Neuen Palais Wohnung genommen.

— Heute findet im königl. Palais ein Galadiner statt zur Ehren des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers von Rußland. Am folgenden Tage giebt der Kaiserliche Gesandte, Herr v. Dubril, ein feierliches Diner.

— Der königlich bayerische Minister-Präsident Fürst Hohenlohe, der am 26. hier eintraf, wird bald auf einige Tage nach München zurückkehren, um dort noch den letzten Sitzungen der bayerischen Kammern beizuwohnen.

— Während in England die Regierung augenblicklich daran denkt, die Privattelegraphen an sich zu bringen und die Beförderung von Telegrammen zum Monopol zu machen, ist hier der „Erbüch.“ zufolge eine Gesellschaft in Bildung, die zur Beförderung von Privatpersönlichen eigene Telegraphenlinien durch alle Länder des norddeutschen Bundes errichten will, wenn sie hierzu die Konzession der Bundesregierung erlangt. Man hofft, daß die Regierung die Privatlkonturrenz zulassen wird, wenn ihr die nöthigen Garantien gegen Mißbrauch gegeben werden könnten.

— In Sachen der Freizügigkeit ist Preußen nach Allem, was verlautet, weit davon entfernt, seine ablehnende Stellung zu den angeregten Verträgen aufzugeben. Auf preussischer Seite soll sogar in Erwägung gezogen werden, ob nicht Art. 26 des Zollvereins-Vertrages vom 8. Juli 1867, der auch schon oft in dieser Beziehung angerufen wurde, die Freizügigkeit schon jetzt der Kompetenz des Zollparlamentes zuweist. Sollte Preußen die Auslegung des Artikels 26 in dem bezeichneten Sinne adoptiren, so würde Artikel 27 des Vertrages vom 8. Juli nicht anders aufzufassen sein, mit andern Worten auch Maß und Gewicht dem Zollparlament zufallen. Man steht übrigens als sicher an, daß, ob das Zollparlament oder Preußen die Initiative ergreift, das Zollparlament sicher schon in dieser Session die Kompetenz für Freizügigkeit, Maß und Gewicht erhalten werde. Die Anhänger des vertragsmäßigen Beuges werden wahrscheinlich daran erinnert werden, daß Artikel 18 des österreichischen Handelsvertrages in mancher Beziehung, so weit es sich um die Freizügigkeit handelt, noch weiter geht als Artikel 26 des Zollvereinsvertrages. Auf die Dauer werden doch aber die Süddeutschen nicht schlimmer als die Oesterreicher gestellt werden können.

— Wir haben zu unserem gestrigen Berichte über die zweite Plenarsitzung des Zollparlamentes noch die Wahl des zweiten Vice-Präsidenten nachzutragen. Das Resultat des ersten Wahlganges haben wir schon mitgetheilt; bei dem zweiten Wahlgange erhielt von 296 Stimmen der Herzog von Ujest 152, v. Roggenbach 137, v. Neurath 7; der Herzog von Ujest ist somit gewählt. — Der Präsident wollte um 2¼ Uhr mit Rücksicht auf das Festmahl im königlichen Schloße die Sitzung schließen, aber auf den Antrag des Abg. Schulze (Berlin) wurde noch die Wahl der Schriftführer vollzogen, deren Resultat später verkündet werden soll. Vermuthlich werden gewählt v. Puttkammer (Sorau), Cornely, Forkel, von Unruhe-Domst, v. Schöning, Stumm, v. Stauffenberg, Graf von Luburg. Während der Namensaufruf stattfindet, entleert sich allmählig der Saal. Schluß nach 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung Wahlsprüngen.) (Die 30 unbeschriebenen Zettel bei der Wahl des ersten Präsidenten rührten von den Mitgliedern der Volkspartei und den Polen her. Zum größten Theil wandten dieselben Abgeordneten bei der Wahl des ersten Vice-Präsidenten ihre Stimmen dem Freiherrn v. Thüngen zu.)

— Mehrere Konfistoren hatten durch öffentliche Erlasse die Kandidaten der evangelischen Theologie auf das Arbeitsfeld aufmerksam gemacht, welches ihnen in den außerhalb Europas bestehenden evangelischen Gemeinden sich darbietet. Insbesondere wurde auf Einladungen der deutsch-evangelisch-lutherischen Synode in Wisconsin, so wie anderer kirchlicher Gemeinschaften in Nordamerika hingewiesen. Dem Vernehmen nach ist aber neuerdings von Seiten des evangelischen Ober-Kirchenrathes den Konfistoren eröffnet worden, wie die erwähnte Synode laut ihres letzten Synodal-Protokolls sich einstimmig in so feindlicher Weise gegen die in Preußen bestehende Union und mittelbar gegen die preussische Landeskirche erklärt habe, daß hinfür, so lange dieselbe bei diesen Ansichten beharre, es nicht mehr möglich sein werde, dortigen Predigern den Rücktritt in den heimathlichen Kirchendienst zu gewähren. Die betreffenden Konfistoren haben diese Eröffnung nunmehr zur Kenntnis der evangelischen Kandidaten gelangen lassen.

Dresden, 28. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Debatte über die Eisenbahnen nach fünf-tägiger Dauer beendet. Die zum Bau derselben bewilligte Summe ist auf 20 Millionen erhöht worden und kommt zu den gestern angeführten Staatsbahnen in dritter Kategorie noch eine zwischen Plauen und Delitzsch hinzu.

Gotha, 28. April. Der Landtag genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Kontrahierung einer 4½procentigen Staatsanleihe von 850,000 Thalern zur Deckung der Militärbedürfnisse und zum Bau der Gotha-Leinfelder Eisenbahn.

Ausland.

Wien, 26. April. In Wien befinden sich einige Tausend Neukatholiken, die jedoch nicht Anhänger Ronges, sondern Gzeroff's sind. Dieselben sind neuerdings um staatliche Anerkennung als Religionsgenossenschaft eingekommen; die Protestanten haben sich bereit erklärt, ihnen ihre Kirche einzuräumen. Auch haben sie jetzt ihr Glaubensbekenntnis veröffentlicht. Großes Aufsehen macht es, daß 16 katholische Geistliche ihren Uebertritt zu der Sekte erklärt haben. — Welche Bildungszustände noch in Ungarn herrschen, beweist die von Kossuth in seinem Briefe an den Unterrichtsminister J. Schwarz aus einem Werke des Letzteren angeführte Thatsache, daß unter 17,000 Gemeinden 5000 keine Schule besitzen, in 15,500 Gemeinden die Mädchen keinen Unterricht empfangen, 52 pCt. der männlichen Jugend ebenfalls ohne aller Schulunterricht aufwachsen und 85 pCt. der Bräute nicht ihren Namen schreiben können.

— In der Wiener Akademie der Wissenschaft wird nächstens ein Antrag auf Reorganisation derselben und ihre innigere Verbindung mit dem Publikum sowie mit den Interessen der Staatsregierung zur Verhandlung kommen. Der Antrag ist von Herrn Arnetz ausgearbeitet; man hofft, daß er die Majorität gewinnen werde. — Mit dem Nationalökonomien Roscher soll das Unterrichtsministerium wegen seiner Berufung an die hiesige Universität in Unterhandlung stehen.

Saar, 28. April. Die zweite Kammer hat mit 37 gegen 35 Stimmen das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten verworfen. Das Ministerium hat beantragt, die Beratung der andern Budgets zu vertagen und wird die Entscheidung des Königs einholen.

Paris, 26. April. Die Leiden der Juden in Rumänien, die Besetzung Theobors von Abyssinien durch die Engländer mit den unwillkürlichen Seitenblicken auf die mexikanische Expedition und die Aufnahme Jules Favre's in die Akademie mit den bei dieser Veranlassung gehaltenen Reden, das sind so ziemlich die Gegenstände, mit denen sich die hiesigen Journale beschäftigen. Eigentliche politische Interessen aber sind im Augenblick gar nicht auf dem Tapet. Der gesetzgebende Körper beschäftigt sich mit sehr nützlichen, aber nach außen wenig interessirenden Arbeiten; gestern wurden zwei Kommissionen ernannt, die erste zur Prüfung des Gesetzentwurfs über die Beinalwege, die andere zur Berichterstattung über den Vertrag der Stadt Paris mit dem Kredit Foncier, und morgen wird man in die Beratung über die in den Häfen von Dunkerque, Gravelines und Bordeaux vorzunehmenden Arbeiten treten. Das Gesuch der Schützöler um eine Interpellation soll morgen Mittag vor Pongy-Mittag eingebracht werden, und man spricht schon davon, daß die betreffende Diskussion eine volle Woche in Anspruch nehmen werde.

Paris, 26. April. Man schreibt dem „Arme-Moniteur“ aus dem Lager von Chalons: „Die am 15. Dezember eröffnete Schießschule ist am 20. v. M. geschlossen worden. Der ständige Inspektor der Schießschulen, General Cartignies, hat am 20. durch die Offiziere Tirailleurs auf eine bewegliche Schanze, durch die Unteroffiziere Rottefeuer ausführen lassen. Die Resultate entsprachen vollkommen den Erwartungen, die man sich von einer mit solcher Geschicklichkeit geleiteten Schule machen durfte. Jedes Infanterieregiment und Jägerbataillon der Armee hat einen Hauptmann und einige Unteroffiziere und Korporale in die Schule des Lagers von Chalons geschickt, um daselbst 14 Tage hindurch die neue Bewaffnung zu studiren. Die Flotte ihrerseits war in dem Lager durch 15 Marineoffiziere, Fähnriche oder Schiffskapitänants vertreten. — Die Freischützen-Gesellschaft des Saar-Departements macht jetzt auch bekannt, daß sie sich aufgelöst hat. — Da General Fleury wegen seiner kriegsartigen Gesinnung bekannt ist, so wurde seiner Reise nach der britischen Hauptstadt eine große politische Bedeutung in alarmistischen Sinne gegeben. Inwiefern die Reise des kaiserlichen Staatsmeisters hatte keinen anderen Zweck, als auf dem großen Markte von Lincoln 2000 Pferde theils für die Armee, theils für Privatrechnung des Kaisers anzukaufen; die Thiere sind bereits in Frankreich angelangt. — Die Panzerschiff-Abtheilung des Kanalgewaders ist wieder von Brest nach Cherbourg zurückgekommen. Am 23. wurde in Brest das zur Küstenverteidigung bestimmte Panzerschiff „Cerberus“ glücklich zum Stapel gelassen.

Paris, 28. April. Gesetzgebender Körper. Die Regierungsvorlage, den Hafen von Bordeaux betreffend, wurde mit 175 gegen 22 Stimmen angenommen. — Nächsten Donnerstag werden die Bureaux des Interpellationsgesuch Brames und Quertier's prüfen.

Paris, 28. April. Die Ernennung des Grafen Stadelberg zum Volschaffer Rußlands in Paris wird offiziell bestätigt. — „France“ will wissen, daß Graf v. B. Goltz und Fürst von Metternich heute Morgen eine lange Unterredung mit dem Marquis de Roussier gehabt haben.

Florenz, 25. April. Anlässlich der bevorstehenden Feste zum Einzuge des neuermählten prinziplichen Paares erwartet man hier eine große Anzahl römischer Familien. Die päpstliche Polizei steht diese Demonstration, zu der sie ja die Pässe ertheilen muß, mit scheelen Blicken an, wagt sie aber nicht zu hindern. Der König Viktor Emanuel hat, um an seiner Festfreude auch weitere Kreise partizipiren zu lassen, Amnestiedekrete für alle Diebstahlsverbrechen, Desertionen, Uebertretungen des Nationalgarde-Gesetzes, der Gesetze über Eivilstand, Jagd, Maß und Gewicht und die öffentliche Sicherheit erlassen.

— Aus Civitavecchia schreibt man, daß in der Woche vom 13. zum 20. April nur sehr wenige päpstliche Rekruten angelangt sind. Die Festung, welche gleich in den ersten Tagen der zweiten Okkupation durch französische Truppen durch sehr küh-

